

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 03

August 2015

Jahrgang 44

Aus dem Gemeinderat

Vieles wird teurer

Konzept Festspielstadt

Bei der Sitzung am 23. Juli ging es um eine „maßvolle“ Erweiterung des Programms. Der Etat wird auf 1,9 Mio. Euro erhöht. Bisher waren es 1,4 Mio. Euro. Die Stadt selbst wird 850 000 Euro (394 000) beisteuern. DKP-Stadtrat Püschel erklärte, das für ihn die Zuschüsse zu hoch seien. Dieses Geld würde für andere kommunale Aufgaben dringender benötigt. Positiv fand er, dass die Eintrittsgelder für exklusive Sitzplätze erhöht werden sollen.



Konzept Historische Museen

Das die Stadt ein Konzept vorlege, ist in Ordnung. Was Besonderes sei es aber nicht, so Stadtrat Püschel in seinem Redebeitrag. Ein „Rundgang“ durchs Schlossareal könnte durchaus ein positives Signal für die Besucher sein. Warum das Römerbadmuseum nur Sonntags geöffnet habe, ist für ihn nicht nachvollziehbar. So kann man keine Besucher anlocken.



Bedarfsplan für Betreuung der Kinder

Die automatische Erhöhung der Beträge für Kindergartenplätze findet Stadtrat

Wer kennt sie noch, die alten Forderungen?

**„Fahr mit gegen Wahl!“
„Schlossbergtunnel -
Nein Danke!“**

Zur Erinnerung an alte und neue Zeiten, zeigen wir unser Wirken in 40 Jahren Gemeinderatsarbeit.

**19. August 2015 - 16.00 Uhr
Eröffnung der Ausstellung:
DKP - Heidenheim
40 Jahre im Gemeinderat**

ROT
wählen
ist geil!

Wo DKP draufsteht
ist Deine
Kommunalpolitik
drin

Püschel für nicht familienfreundlich. Ein beitragsfreier Kindergartenplatz wäre hingegen ein wirklich weitsichtbarer Leuchtturm. Im Blick auf die bevorstehende Landtagswahl empfahl er den Parteien „damit könnten Sie wirklich für die Stadt Heidenheim und Ihrer Partei Werbung machen!“



Gerstetten zeigt wie es geht - Stoppt TTIP

Was in Ulm, Mannheim oder Freiburg gelingen konnte, hat jetzt auch die Nachbarstadt Gerstetten zustande gebracht. Es gab einen interfraktionellen Antrag (7 Stadträte) im Gerstetter Gemeinderat gegen das Freihandelsabkommen TTIP.

Befürchtet werden z.B. kommunale Einschränkungen bei der Versorgung im Gesundheitswesen, bei der Energie- und Wasserversorgung oder dem Personenverkehr.

Der Gerstetter Gemeinderat hat diese Bedenken einhellig geteilt.

Erinnern wir uns: Schon im Herbst letzten Jahres hat Stadtrat Püschel ebenfalls einen Antrag zu TTIP gestellt, der dann von Oberbürgermeister Ilg nicht auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt wurde. Daraufhin haben 12 Gemeinderatsmitglieder in einem interfraktionellen Antrag den Antrag übernommen. Auch dieser wurde vom Oberbürgermeister nicht akzeptiert, weil es sich angeblich nicht um eine kommunale Angelegenheit handeln würde.

Warum, so fragen sich viele Bürger und Bügerrinnen, durfte der Heidenheimer Gemeinderat nicht über den Antrag diskutieren und abstimmen?

Klinikum HDH braucht Geld!

197 Beschäftigte fehlen im Klinikum Heidenheim. Auch deshalb protestierten 197 Mitarbeiter, unterstützt von ver.di, Mitte Juni vor dem Klinikum. In ganz Deutschland fehlen mindestens 162 000 Beschäftigte. Enttäuscht zeigte sich auch die Geschäftsleitung des Klinikums über die vom Bundeskabinett beschlossene Klinikreform. Schon die vorherigen Reformen haben nichts getaugt und die jetzige Reform ist nicht besser. Auf 3,5 Millionen Euro wird der Verlust im Jahr 2013 beziffert. Geschäftsleiter R.Genz: „Es ist eine Frechheit was die Politik da vorlegt“. Es sei eine Missachtung der Krankenhäuser, der Mitarbeiter und deren Arbeit. Und in der Tat, viele Häuser seien in ihrer Existenz gefährdet. Geld fehlt für Instandhaltung und fürs Personal. Dieser Personalmangel kann nicht ohne Folgen bleiben. Er wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen und auf der ihnen anvertrauten Patienten. Oft gebe es Notbesetzungen, Zeit für die Patienten hingegen nicht. Schuld daran ist die große Politik! Was

Griechenland: Tausende Kinder hungern

Schon mit den ersten Rettungsschirmen für Griechenland wurden den Rentnern, den Arbeitslosen und dem sozial schwachen Teil der Bevölkerung brutale soziale Hürden auferlegt.

Ausgenommen wurde eine Besteuerung der Vermögenden. Solche „Hilfskredite“ hatten nur einen Zweck, fällige und überfällige Kredite bei IWF und EZB zu bedienen.

Diese Kredithaie haben bisher genug verdient.

Mehr als 25 Prozent der Bevölkerung ist arbeitslos, bei den Jugendlichen sind es fast 60 Prozent.

Millionen sind ohne jedes Einkommen und ohne Krankenversicherung.

Daher ist es barbarisch, einem Land, in dem tausende Kinder hungern höhere Steuern auf Lebensmittel zu diktieren. Ein Schuldenschnitt oder eine vergleichbare Entlastung von den Schulden ist daher unverzichtbar. Die DKP zeigt sich

solidarisch mit der griechischen Bevölkerung und auch mit ihrer Schwesterpartei KKE.



gebraucht wird ist eine solide Finanzierung statt lauwarmer Luft, wie die jetzige Reform zu bewerten ist. Einige Kliniken und die Gewerkschaft verdi fordern daher eine viel bessere und vor allem eine deutlich stärkere finanzielle Unterstützung der kommunalen Krankenhäuser. Nur so kann die staatliche Daseinsvorsorge gesichert werden. Durch die neue Krankenhausreform kommt es aber zu mehr Personalkürzungen und die Krankenhäuser geraten immer mehr unter Privatisierungsdruck und müssen sogar schliessen. Das darf nicht passieren, wir fordern die Parteien auf, sich dem Problem zu stellen und sich bei den Landtagswahlen im März 2016 eindeutig zu positionieren.

Spende!

Wir brauchen Ihre finanzielle Unterstützung
BLICKPUNKT, TURBINE, Handzettel und andere Publikationen kosten Geld
Auch kleine Spendenbeiträge sind willkommen

DKP Heidenheim

Spendenkonto 413903 BLZ 632 500 30

Kreissparkasse Heidenheim

Vielen Dank!

Arbeiter u. Angestellte

löffeln die Suppe aus

Bedrückte Stimmung bei Voith

Um 10 Uhr waren die Kollegen in der Abteilung einbestellt um zu erfahren wer von der absehbaren Kündigung betroffen ist. Emotionale Regungen. Tränen in den Augen der vor dem Aus stehenden "Lieben Mitarbeiter". Ein alltäglicher Vorgang- nicht nur bei Voith. Überall in der Arbeitswelt verlieren Menschen ihre Existenzgrundlagen durch Arbeitslosigkeit.

Aber es ist kein Naturgesetz, sie ist von Menschen gemacht, die Arbeitslosigkeit. Denn im Kapitalismus treffen die Kapitalbesitzer, meist durch ihre Manager vertreten, die Entscheidungen, die alleine der Profitvermehrung dienen. Nach jedem abgeschlossenen Geschäftszyklus wird erneut Kapital, mit dem Ziel einer erneuten Vermehrung, in den Geschäftskreislauf gepumpt, mit noch höherer Profiterwartung. Konkurrenzverhältnisse, wegbrechende Märkte und Fehlentscheidungen führen zu Umbrüchen die auf den Schultern der Beschäftigten ausgetragen werden.



Verzicht, Verzicht, immer wieder, zum Erhalt der Arbeitsplätze, das war die Losung der letzten Jahre bei Voith. Vielen wurde das freiwillige Ausscheiden versilbert. Jetzt stehen Kündigungen an und wieder soll Verzicht geübt werden.

Gibt es ein Rezept dagegen?

Dem "freien Unternehmertum" mit seinen unermesslichen Reichtümern stellt unser Grundgesetz in seinen Artikeln 14 und 15 entgegen, dass "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll dem Wohl der Allgemeinheit dienen". Und weiter heißt es: Eine Überführung in Gemeineigentum ist möglich.

Die Demokratisierung der Wirtschaft und die Überführung in Gemeineigentum fordert auch die IG Metall in ihrer Satzung.

- Wirtschaftliche Rahmenplanungen im Sinne der Interessen des Volkes sind möglich.
- Die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung bekäme ein neues Gewicht.
- Die Einführung der 30 Stundenwoche bei vollem Verdienst- und Personalausgleich könnte die Arbeit auf Alle verteilen.
- Stattdessen wird die Arbeitszeit ausgeweitet auf bis zu 45 Stunden.
- Tarifverträge werden aufgeweicht.
- Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit wird ignoriert.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Arbeitnehmervertretungen der Ursachen bewusst werden und entsprechende Konzepte entwickeln!



Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sich befreien will, braucht Genossinnen und Genossen. Wer Kraft entfalten will, muss sich organisieren. Wer ein freies, menschliches Leben erringen, die Zukunft gewinnen will, muss kämpfen.

Die Deutsche Kommunistische Partei hat sich nicht um ihrer selbst willen gebildet. Sie wirkt mit der Arbeiterklasse und in der Arbeiterklasse für die Zukunftsinteressen der Menschheit. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, Frieden und Sozialismus - dafür kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.

Ich möchte



- mehr Infos über die DKP
- UNSERE ZEIT - die Zeitung der DKP - kennenlernen
- Kontakt zur DKP in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Einsenden an: DKP Heidenheim
Reinhard Püschel,
Friedenstraße 8
89522 Heidenheim

Telefon: (07321) 92 42 06
E-Mail: pueschel-reinhard@t-online.de

Informationen der DKP an Infoständen
und bei DKP-Stadtrat Reinhard Püschel

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

Sonstige Informationen an die DKP:



DKP fordert sozialen Wohnungsbau

Auch Heidenheimer brauchen bezahlbare Wohnungen

Bezahlbare Wohnungen werden für immer mehr Menschen zur Mangelware. So errechnete das Pestel-Institut einen bundesweiten Fehlstand von über 4 Mio. Sozialwohnungen. Für die Bevölkerungsmehrheit folgt daraus vor allem eins: Staatlich geförderter, öffentlicher Wohnungsbau mit Mietpreisbegrenzung und Belegungsbindung muss her!

Schon lange gehen in vielen Städten die Mieter auf die Strasse und kämpfen für eine soziale Wohnungspolitik. Die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht sind dabei herausgekommen. Aber das reicht bei weitem nicht aus.

Nach Jahren der Untätigkeit hat die Gagfah endlich begonnen, einige ihrer Wohnblöcke zu sanieren. Wegen der danach enormen Mietpreiserhöhung wird die Mietzahlung für viel Mieter aber zu einem finanziellen Problem.



Günstige, bezahlbare Wohnungen werden knapp – auch in Heidenheim. Wenn in den letzten Jahren Mietwohnungen, siehe Ploucquet-Areal oder Oststadt, gebaut wurden, hat das mit bezahlbarem Wohnungsbau gar nichts zu tun. Die Wohnungen wurden gebaut und als Anlagekapital angeboten. Sozialer Wohnungsbau ist was ganz anderes. Das hat auch der Kreissenioresenrat vor zwei Jahren erkannt und gefordert, dass sich die „Kommunalpolitik stärker als bislang für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums einsetzt“. Auch die Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt liess im Mai dieses Jahres die Alarmglocken läuten: „Wir brauchen mehr Wohnraum für Normal –und Geringverdiener“.

Auch die DKP macht schon seit Jahren auf die miese Wohnungspolitik aufmerksam und forderte immer wieder mit Anträgen an die Stadtverwaltung und Gemeinderat, den sozialen Wohnungsbau endlich auch in Heidenheim voranzubringen. Bisher wurden diese Anträge ignoriert oder abgelehnt. Die DKP fordert den sozialen, kommunalen Wohnungsbau in dem die Mietpreisbindung eine wichtige Rolle spielen soll.

In Städten wie Freiburg, Konstanz, Karlsruhe oder Heidelberg sind wichtige Entscheidungen schon gefallen. Auch der Städtetag hat bei seiner letzten Sitzung ein Programm zum Bau von Sozialwohnungen angemahnt – zumal Baden-Württemberg ohnehin zu den Schlusslichtern beim Bau staatlich geförderten Wohnraums zählt.

Was tun bei einer AKW-Katastrophe?

Schon vor einem Jahr wandte sich die DKP mit einem Schreiben an Landrat T. Reinhardt, auch im Landkreis Heidenheim Katastrophenschutzübungen durchzuführen. Wichtig dabei ist die Einbeziehung und die Information der Bevölkerung. In den letzten Monaten wurden immer wieder gravierende Sicherheitsmängel im AKW **Gundremmingen** festgestellt.

In einem Pressebericht war zu lesen, **das AKW sei das „gefährlichste in ganz Deutschland“**. Unverständlich ist auch, dass die zuständigen Atomaufsichtsbehörden von Bund und Land uneins in der Bewertung von Sicherheitsbestimmungen sind.

Das Katastrophenschutzübungen notwendig und möglich sind zeigte sich im benachbarten Ostalbkreis. Dort wurde vor wenigen Wochen eine solche Übung durchgeführt.

Das war der erneute Grund für DKP-Stadtrat R. Püschel sich schriftlich an Landrat Reinhardt zu wenden:

„Gibt es in ihrer Behörde zwischenzeitlich Pläne für Katastrophenschutzübungen?“

